

Statement von Rainer Zendron bei der Eröffnung des Festival der Regionen 2009 am 9. Mai

Ich wurde vom Festival der Regionen gebeten zur Eröffnung ein kurzes Statement zum Thema „Normalzustand“ abzugeben, denn einerseits gründete ich mit FreundInnen vor vielen Jahren dieses Festival, andererseits wurde ich vor ein paar Tagen – anlässlich des 1.Mai Aufmarsches mit Polizeigewalt verhaftet. Das ich selbst an dieser Demonstration nicht teilgenommen hatte - sondern als Passant vermitteln wollte - ist in diesem Zusammenhang nicht von Bedeutung.

Was Normalzustand ist und was Ausnahmezustand bedeutet, ist für uns alle – gerade heute am Anfang der Krise unserer kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung – sehr schwierig einzuschätzen.

Alle unsere Lebensumstände sind von schnellen Änderungen erfasst und die Rahmenbedingungen werden sich in den nächsten Monaten ständig weiter verschieben. Wir werden uns Tag für Tag entscheiden müssen, in welchen Fragen wir bereit sind das Gewohnte gemeinsam und solidarisch zu verteidigen und wo eine Änderung der Verhältnisse Positives, Neues bringt.

Die Ereignisse um den 1.Mai führen uns die Abhängigkeit von gesellschaftliche Rahmenbedingungen deutlich vor Augen:

- Die FPÖ fordert, dass ich als linksradikaler Krawallmacher keine StudentInnen unterrichten dürfe.
- Ein Geschichtsprofessor der Kevenhüllerschule klärte angeblich seine SchülerInnen im Unterricht darüber auf, dass meine Verhaftung verständlich sei, da ich Kommunist sei.

Nach Einschätzung vieler FreundInnen bin ich politisch in der Mitte einer demokratischen Gesellschaft angesiedelt. Eine Selbsteinschätzung ist jedoch

immer unpräzise: Vor wenigen Jahren positionierte Andreas Khol die FPÖ noch ausserhalb des Verfassungsbogens am rechtsradikalen Rand. Sie ist in der Zwischenzeit zwar weiter nach rechts gerückt - aber trotzdem nach Meinung von SPÖ und Volkspartei nicht mehr rechtsradikal. So stellt sich die Frage, ob viele von uns – ohne dazu beigetragen zu haben – tatsächlich zu Linksradikele geworden sind?

Wie dynamisch sich die Gesellschaft verändert, kann man auch daran ablesen, dass die ÖVP, in den heutigen Oberösterreichischen Nachrichten fordert, dass alle jene - über 100 Organisationen und Vereine -, welche die Polizeimaßnahmen gegen den Maiaufmarsch verurteilen, in Zukunft keinerlei Fördergelder mehr bekommen sollten.

Die ÖVP fordert damit, dass nicht nur fast alle Kulturvereine und Medieninitiativen ihre Arbeit einstellen sollen, sondern nimmt damit zumindest in Kauf, dass die mobile Krankenpflege etwa - oder die Altersbetreuung der Volkshilfe ab Herbst eingestellt werden müssten.

Da ich Dr. Pühringer in vielen Jahren sehr positiver Zusammenarbeit als christlich engagierten Politiker schätzen gelernt habe, bin ich zuversichtlich, dass es ihm gelingen wird sich in der ÖVP gegen diese Forderungen durchsetzen.

Trotzdem zeigen solche Forderungen, mit welcher rasanten gesellschaftlichen Veränderungen - des sogenannten Normalzustandes - wir es in der Krise zu tun haben.

Nur ein solidarischer Zusammenhalt der Bevölkerung, kann verhindern, dass die Krise genutzt wird um Menschenrechte und demokratische wie kulturelle Freiheiten einzuschränken, und dass verhindert wird, dass jede soziale Absicherung der Schwächsten der Gesellschaft einfach wegrationalisiert wird.